

**Stadtvertretung - Protokoll der 18. Sitzung am 9. März 2023**

Aktenzahl d004.1-2/2020-64

Die Sitzung findet am Donnerstag, 9. März 2023, 19:04 Uhr, im Rathaus unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann statt.

	<b>Partei</b>	<b>anwesende Mitglieder der Stadtvertretung</b>	<b>Vertretungspersonen</b>
1	VP	Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann, <b>Bürgermeisterin</b>	
2	VP	Julian Fässler, <b>Vizebürgermeister</b>	
3	GRÜNE	Mag. Dr. Juliane Alton, <b>Stadträtin</b>	
4	VP	Marie Louise Hinterauer, <b>Stadträtin</b>	
5	SPÖ	Markus Fäßler, <b>Stadtrat</b>	
6	FPÖ	Christoph Waibel, <b>Stadtrat</b>	
7	VP	Dr. Alexander Juen, <b>Stadtrat</b>	
8	GRÜNE	Aaron Wölfling, <b>Stadtrat</b>	Samuel Moosmann
9	VP	Dr. Thomas Winsauer MBL	
10	NEOS	Wolfgang Fäßler	
11	VP	Mag. (FH) Karin Feurstein-Pichler, <b>Stadträtin</b>	
12	SPÖ	Severine Engel	
13	GRÜNE	Vahide Aydin	
14	VP	Mag. Dr. Hanno Lecher	
15	FPÖ	Walter Schönbeck	
16	VP	Melanie Forer-Pernthaler	
17	GRÜNE	Mag. Wolfgang Juen	
18	VP	Guntram Mäser	
19	SPÖ	Dominik Steinwidder	Mag. Konstantin Eleftheriadis
20	VP	Christina Rusch MSc	
21	NEOS	Günter Scrinzi	Elisabeth Antretter
22	GRÜNE	Ingrid Benedikt	DI Martin Konzett
23	FPÖ	Astrid Pöltz	
24	VP	Mag. Jochen Weber	
25	VP	Helga Dünser	Jakob Wirth
26	SPÖ	Irena Lang	
27	VP	Josef Moosbrugger	
28	GRÜNE	Mag. Dr. Manfred Hämmerle	
29	VP	DI Johannes Zangerl	
30	FPÖ	Wernfried Amann	Mario Tschurtschentaler
31	VP	Mag. Dr. Küng Johannes MA	Kurt Salzmann
32	GRÜNE	Susanne Fritz-Balint	

33	NEOS	Dr. Martina Hladik	
34	SPÖ	Attila Sönmez	Mag. Güsel Can-Taskara
35	VP	Stefanie Salzmann	
36	VP	Simon Schwark BSc	Dr. Gottfried Waibel

### **Anwesende Auskunftspersonen**

Stadtamtsdirektor Dr. Hanno Ledermüller

Mag. Stefan Kempfer als Leiter der Gruppe 2

MMag. Elisabeth Fink-Schneider als Leiterin der Gruppe 3

Monika Thaler als Leiterin der Gruppe 4 (online via livestream)

DI Martin Assmann als Leiter der Gruppe 5

Mag. Guntram Mathis als Leiter der Gruppe 7

Mag. Ralf Hämmerle als Leiter der Abteilung Kommunikation und Medien

### **Schriftführerin**

Mag. Kathrin Wiederin

Die VORSITZENDE stellt die ordnungsgemäße Einladung der Mitglieder der Stadtvertretung sowie ihre Beschlussfähigkeit fest.

### **Tagesordnung**

- 1 Berichte
- 2 Änderungen des Flächenwidmungsplans – Einzelfälle
- 3 Baubeschluss zur Sanierung und Erweiterung des Kindergartens Langegasse
- 4 Abwasserbeseitigungsanlage: Bauabschnitt 71 Heumöser-Ebnit
- 5 Erwerb der Wohnung Bogengasse 7 Top 17
- 6 Antrag Dornbirner Grünen - Kostenlose Hygieneartikel für alle Schülerinnen
- 7 Antrag Dornbirner Grünen - Resolution Solidarität mit den Erdbebenopfern in der Türkei und Syrien
- 8 Beratung über Berichte des Prüfungsausschusses
- 9 Genehmigung des Protokolls der 17. Sitzung der Stadtvertretung vom 15. Dezember 2022
- 10 Allfälliges

## 1 Berichte

### 1.1 Dornbirn lässt kein Kind zurück

Die Vorsitzende berichtet über das Präventionsleitbild „Dornbirn lässt kein Kind zurück“. Innerhalb der Stadtverwaltung wurde gruppenübergreifend ein Präventionsteam aufgebaut, das Vorhaben und Beschlüsse auf ihre Auswirkungen auf die Lebenswelt der Kinder in Dornbirn prüft.

Gedruckte Exemplare des Leitbildes werden an die Mitglieder der Stadtvertretung verteilt.

### 1.2 Wildtierkorridor im Bereich Betriebsgebiet Dornbirn Nord

Über Mitteilung der VORSITZENDEN wird der Bericht der Abteilung „Stadt- und Verkehrsplanung“ vom 24.2.2023 mit der Aktenzahl d031.13-3/2022-6 zur Kenntnis genommen.

StR. Dr. Juliane ALTON widerspricht der Auffassung von Dr. Christian Berger, dass von den Mitgliedstaaten der EU lediglich ein Bemühen zur Förderung der Verbindung ökologischer Schutzgebiete gefordert werde und keine Verpflichtung dazu bestehe. Sie ruft dazu auf, als Stadt zum einen ein klares Bild über eine zweckmäßige Nutzung dieses Grundstücks zu gewinnen, zum anderen den Stellenwert des Umweltschutzes im städtischen Gefüge zu definieren.

Wildtierkorridore und Schutzgebiete mit überregionaler Bedeutung müssen für den genetischen Austausch der Tiere untereinander verbunden werden.

## 2 Änderungen des Flächenwidmungsplans – Einzelfälle

### 2.1 Änderung des Flächenwidmungsplans Gst.-Nrn. 9287/3, 9287/4, Forachstraße - Entwurf

Über Mitteilung von Vizebgm. Julian FÄSSLER wird der Bericht der Abteilung „Stadt- und Verkehrsplanung“ vom 13. Dezember 2022 mit der Aktenzahl d031.21-15/2022-1-3 zur Kenntnis genommen.

Der Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplans wird gemäß dem Plan vom 13. Dezember 2022, Zl. d031.21-15-2022 beschlossen. Folgende Änderungen ergeben sich daraus:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung-Bestand Ersichtlichmachung	Flächenwidmung-Änderung Ersichtlichmachung	FW- Fläche m <sup>2</sup>
92001	Forachstraße 9287/3	Freifläche Freihaltegebiet	Vorbehaltsfläche – Freifläche Freihaltegebiet {Sport- und Freizeitnutzung}	2323 m <sup>2</sup>
92001	9287/4	Freifläche Freihaltegebiet	Vorbehaltsfläche – Freifläche Freihaltegebiet {Sport- und	5905 m <sup>2</sup>

			Freizeitnutzung}	
92001	19784	Freifläche Freihaltegebiet	Verkehrsfläche Straße	234 m <sup>2</sup>

StR. Markus FÄSSLER begrüßt im Namen seiner Fraktion diese Widmung, auch weil hier am tiefsten Punkt Dornbirns Maßnahmen zum Hochwasserschutz umgesetzt werden können.

StR. Dr. Juliane ALTON kritisiert den hohen Preis für die Landwirtschaftsfläche und regt angesichts der Flächenknappheit an, einen Kompromiss zwischen sportlicher und landwirtschaftlicher Nutzung zu suchen.

(gegen 7 Stimmen der Grünen)

## **2.2 Antrag auf Umwidmung der Gst.-Nrn. 6906/1, 6904/2, 6902/1, Dr.-Waibel-Straße, KG Dornbirn - Rücknahme**

Über Mitteilung von Vizebgm. Julian FÄSSLER wird der Bericht der Abteilung „Stadt- und Verkehrsplanung“ vom 24. Jänner 2023 mit der Aktenzahl d031.21-7/2022-1-26 zur Kenntnis genommen.

Der Antrag auf aufsichtsbehördliche Genehmigung betreffend der Änderung des Flächenwidmungsplans Mohren Immo KG, Dr.- Waibel-Straße Dornbirn Gst.-Nrn. 6906/1, 6904/2, 6902/1, beschlossen von der Stadtvertretung am 19. Juli 2022, Zl. d031.21-7/2022, wird zurückgezogen.

StR. Christoph WAIBEL warnt vor den Auswirkungen von Lagerflächen der Mohrenbrauerei im Äuele und ruft dazu auf, den Eigentümern der Brauerei Gesprächsbereitschaft zu signalisieren.

StV. Mag. Wolfgang JUEN wünscht sich ein klares Bild der Stadt darüber, wohin sie sich entwickeln kann und soll und ruft die Stadtplanung dazu auf, die Bebauungspläne zu überarbeiten.

Vizebgm. Julian FÄSSLER hält fest, dass die Mohrenbrauerei zur Reduktion der Lärmemissionen den Transferverkehr im Äuele durch e-LKWs abwickeln will. Er stimmt einer notwendigen Aktualisierung der Bebauungspläne zu, weist aber darauf hin, dass die Fachabteilung derzeit durch Krankenstände unterbesetzt ist.

(einstimmig - Dr. Gottfried Waibel nimmt wegen Befangenheit an der Abstimmung nicht teil)

## **3 Baubeschluss zur Sanierung und Erweiterung des Kindergartens Langegasse**

Über Mitteilung von StR. Christoph WAIBEL wird der Bericht der Abteilung „Hochbau und Gebäudemanagement“ vom 18. August 2022 mit der Aktenzahl d240.008.GM-1/2016-1-7 zur Kenntnis genommen.

Die Sanierung und Erweiterung des Kindergartens Langegasse wird unter nachstehenden Rahmenbedingungen beschlossen:

- Das Projekt basiert auf dem Entwurf der NONA Architektinnen vom August 2022.
- Ein Kostenrahmen von € 2.193.751,00 netto auf Kostenbasis August 2022 wird festgelegt. In dieser Summe sind die Kostenbereiche 1 bis 9 gemäß ÖNORM B 1801-1 (+/- 15%) enthalten.
- Das Projekt wird entsprechend dem Baukostenindex wertgesichert.
- Der Baubeginn wird mit Jänner 2024 und die Baufertigstellung mit September 2024 festgelegt.

StV. Irena LANG berichtet, dass es ihr in Vorarlberg immer noch verpönt erscheint, als Mutter für Kinder eine Kinderbetreuung zu nutzen. Sie kritisiert die hohen Betreuungskosten für Familien und bedauert, dass das Bemühen der Gemeinden, genügend Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen, nicht einklagbar ist.

Sie ersucht die Stadtverwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie gehen wir mit der Betreuungssituation unserer Kinder im Gesamten um?
2. Was wird konkret von Seiten der Stadt unternommen um Mitarbeiter:innen zu gewinnen?
3. Was wird gemacht, um Mitarbeiter:innen weiter zu qualifizieren und weiterzubilden?
4. Wie viele Pädagog:innen bzw. wie viel Personal fehlen uns derzeit in den Einrichtungen, um für die Zukunft gerüstet zu sein?
5. Wird in den Erhebungen auch der Sprachförderbedarf erhoben?

Die VORSITZENDE betont, dass die Stadt Dornbirn seit vielen Jahren zuverlässig den Versorgungsauftrag erfüllt und den steigenden Bedarf nach qualitativ hochwertigen Betreuungsplätzen deckt; eine Betreuung ist für alle Kinder in Dornbirn gesichert, wenn auch nicht immer im Wunschkindergarten. Sie ortet ein Informationsdefizit und bietet zur Beantwortung der gestellten Fragen ein klärendes Gespräch mit der zuständigen Stadträtin und der Fachabteilung an, da Maßnahmenpakete u.a. zur Qualifizierung der Betreuer:innen, im Qualitätsmanagement und zur Rekrutierung bereits implementiert sind.

StV. Mag. Dr. Manfred HÄMMERLE lobt die Arbeit in den Kinderbetreuungseinrichtungen und berichtet – aus einer Prüfung des Prüfungsausschusses – von hohem Personalbedarf.

StV. Mag. Wolfgang JUEN lobt StR. Christoph Waibel und die Abteilung Hochbau für die sehr gute Arbeit unter hohem Druck. Er kritisiert die knappen Vorlaufzeiten für die Planungen und schlägt erneut vor, Geburtenzahlen als Berechnungsbasis zu nutzen. Er erinnert an den sehr hohen Sanierungsbedarf in vielen Kindergärten im Stadtgebiet.

Die VORSITZENDE erklärt, dass Geburtenzahlen keine zuverlässige Berechnungsbasis darstellen, da nicht alle 3-jährigen Kinder eine Betreuungseinrichtung nutzen. Zudem besteht je nach Anforderung die Wahl zwischen Kindergärten, Kleinkinderbetreuungseinrichtungen und Spielgruppen, die an einzelnen Vormittagen mit bzw. ohne Mittagsbetreuung oder auch ganztägig besucht werden können. Daher muss die Stadt hier auch kurzfristig sehr flexibel auf den Bedarf reagieren.

StR. Marie Louise HINTERAUER ergänzt, dass auch der Integrationsbedarf einzelner Kinder die Gruppengröße und damit den Betreuungsbedarf beeinflusst und Monika Thaler als Gruppenleiterin

laufend auf fehlende Kapazitäten hinweist. Sie erinnert an das Raumkonzept aus dem Jahr 2017, welches kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen beschreibt.

Durch die zu beschließenden Umbaumaßnahmen erhöht sich die mögliche Betreuungskapazität im Kindergarten Langedasse von 2 Gruppen mit insgesamt 46 auf 3 Gruppen mit 69 Kindern.

Tatsächlich besuchen aufgrund einer Integrationsgruppe derzeit 39 Kinder den Kindergarten.

Sie ersucht, im Aktenvermerk die Räume nicht als Spielgruppen sondern als Gruppenräume zu bezeichnen.

StR. Markus FÄSSLER berichtet aus seiner Sprechstunde, dass eine Mutter ihr 2jähriges Kind aus Platzmangel nicht in die Spielgruppe geben könne.

Die VORSITZENDE wiederholt, dass nicht immer der Wunschkindergarten zugesichert werden kann, ein Betreuungsplatz aber mit Sicherheit zur Verfügung steht. Sie ersucht um Klärung der Anfrage direkt mit der Familienabteilung.

StR. Christoph WAIBEL gibt das Lob von StV. Wolfgang Juen namentlich an DI Dr. Erich Wutscher und DI Edda Lohmann weiter. Er hält fest, dass die Sanierungsmaßnahmen bereits jetzt auch künftigen Bedarf vorwegnehmen, um relativ rasch erweitern zu können und berichtet von ausgearbeiteten Plänen für Kindergartenerweiterungen in modularer Holzbauweise, da Platzbedarf in allen Kindergärten in Dornbirn besteht.

Die VORSITZENDE hält fest, dass sich die Anforderungen in den letzten fünf Jahren auch inhaltlich stark verändert haben und z.B. durch Mittagsbetreuung, Familientreffpunkte etc. weitaus mehr Raumbedarf besteht als noch vor einigen Jahren.

StV. Vahide AYDIN lobt den von der Stadt Dornbirn beschrittenen Weg bei der Kinderbetreuung und insbesondere den inklusiven Zugang. Sie dankt allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in diesem Bereich für ihre ausgezeichnete Arbeit.

(einstimmig)

#### **4 Abwasserbeseitigungsanlage: Bauabschnitt 71 Heumöser-Ebnit**

Über Mitteilung der VORSITZENDEN wird der Bericht der Abteilung „Tiefbau“ vom 12. Dezember 2022 mit der Aktenzahl d034.00-1/2021-50 zur Kenntnis genommen.

Die Stadt Dornbirn erklärt die vorbehaltlose Annahme des Fördervertrages der Kommunalkredit Public Consulting GmbH vom 29. November 2022, Antragsnummer B905680, betreffend die Gewährung einer Investitionsförderung für den **Bauabschnitt 71, Heumöser-Ebnit**, welcher auf Vorschlag der Kommission in Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft positiv beurteilt und die Förderung vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft am 29. November 2022 genehmigt wurde.

StR. Markus FÄSSLER unterstreicht, dass mit diesem Formalakt der Bund und das Land 1/3 der Kosten übernehmen und lobt die Tiefbauabteilung für ihren Einsatz.

(einstimmig)

## **5 Erwerb der Wohnung Bogengasse 7 Top 17**

Über Mitteilung der VORSITZENDEN wird der Bericht der Abteilung „Wirtschaft, Beteiligungen und Vermögen“ vom 13. Februar 2023 mit der Aktenzahl d853-3/2023-1-1 zur Kenntnis genommen.

Die Stadt Dornbirn erwirbt die Wohnungseigentumsanteile von Herrn Mag. Joachim Seyr (109/2768 Anteile) und von Frau Dr. Maria Seyr (ebenfalls 109/2768 Anteile) der Bogengasse 7 T 17, Liegenschaft Gst.-Nr. 6255/2 und .2030 zu einem Kaufpreis von € 400.000,00.

Sämtliche Kosten, Gebühren und Steuern (mit Ausnahme der Immobilienertragssteuer) sind von der Stadt Dornbirn zu tragen.

StR. Markus FÄSSLER begrüßt mit seiner Fraktion diesen Antrag, da sich die Wohnanlage aufgrund ihrer Lage als Personalwohnung anbietet. Er lobt die Preisverhandlungen, betont aber, dass leistbares Wohnen ein immer knapperes Gut in Dornbirn und Vorarlberg ist, wie sich auch am deutlichen Anstieg der Neuanträge für Gemeindewohnungen zeigt.

Er ruft dazu auf, leistbaren Wohnraum zum Erhalt des sozialen Friedens langfristig abzusichern und gemeinnützigen Wohnbau in den privaten Siedlungsbauvorhaben im Rohrbach, zB im Rahmen einer Vertragsraumplanung einzufordern und ersucht um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele gemeinnützige Wohnungen gibt es in Dornbirn?
2. Wie hoch ist der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen an den privaten Haushalten?
3. Welche Grundstücke in Dornbirn sind in Besitz der gemeinnützigen Wohnbauträger und könnten bebaut werden?
4. Was ist mit den Personalhäusern zB in der Hinteren Achmühle geplant (Sanierung, Umbau, etc.)?
5. Wie viele Wohnungen stehen in Dornbirn leer? Wie viele Wohnungen konnten mit dem Projekt „Sicheres Vermieten“ dem gemeinnützigen Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden?

Die VORSITZENDE stimmt zu, dass leistbares Wohnen eine der großen Herausforderungen der Zukunft ist. Eine Vertragsraumplanung ist bei privaten Bauträgern nicht möglich; Wohnbau und gemeinnütziger Wohnbau zeigen sich aufgrund der derzeit hohen Kosten vorsichtig mit Investitionen. Sie betont die Wichtigkeit von Miet/Kaufoptionen.

StR. Markus FÄSSLER schlägt vor, eine Arbeitsgruppe einzusetzen und mögliche Maßnahmen der Stadt zu erarbeiten.

Die VORSITZENDE unterstreicht, dass die möglichen Maßnahmen bekannt sind, eine Umsetzung derzeit aber schwierig ist.

StV. Dr. Martina HLADIK schlägt vor, dass gemeinnützige Wohnungen analog zu Sozialprojekten in Belgien und den Niederlanden als „Edelrohbau“ durch die Bauträger erstellt und von den Käufern auf eigene Kosten fertiggestellt werden.

StV. Susanne FITZ-BALINT lädt zum Besuch der aktuellen Ausstellung des vai zu diesem Thema ein.

StR. Christoph WAIBEL berichtet, dass zumindest in den nächsten 4,5 bis 6,5 Jahren keine Projekte von gemeinnützigen Wohnbauträgern in Dornbirn geplant sind.

Vizebgm. Julian FÄSSLER hofft, dass die Wohnbauträger ihre Planungen laufend evaluieren und anpassen. Er hält die aktive Bodenpolitik der Stadt für einen wichtigen Faktor und betont, dass dort, wo die Stadt baut, gemeinnütziger Wohnbau miteingeplant wurde und wird.

StR. Markus FÄSSLER erkundigt sich nach Plänen für das Grundstück, das die VOGEWOSI im Bereich mittlere Fängen neben Bleichestraße vor sechs Jahren erworben hatte und ruft dazu auf, den Druck seitens der Stadt zu erhöhen.

Die VORSITZENDE erinnert, dass vor vier bis fünf Jahren zwei große gemeinnützige Wohnbauprojekte in Stiglingen und Kastenlangen fertiggestellt wurden.

(einstimmig)

## **6 Antrag Dornbirner Grünen - Kostenlose Hygieneartikel für alle Schülerinnen**

Über Antrag der Fraktion Dornbirner Grüne – Schreiben vom 28. Februar 2023 – wird gemäß § 41 Abs. 2 GG folgender Tagesordnung zur Sitzung dieser Stadtvertretungssitzung aufgenommen:

Die Stadt Dornbirn wird umgehend, spätestens ab dem Schuljahr 2023/24, in allen Schulen, in denen der Bedarf vorhanden ist und die im Zuständigkeitsbereich der Stadt liegen, kostenlose Hygieneartikel zur Verfügung stellen.

Die VORSITZENDE schlägt vor, den das SPZ und die Polytechnische Schule mit aufzunehmen.

StR. Mag. (FH) Karin FEURSTEIN-PICHLER verspricht, gemeinsamen mit den Schulen für eine rasche und reibungslose Umsetzung zu sorgen.

StV. Severine ENGEL berichtet, dass dieser Beschluss auf Antrag der SPÖ am Vortag im Landtag für Landesschulen gefasst wurde. Sie bedauert, dass durch den vorliegenden Antrag die Kosten bei der Stadt liegen, der Gemeindeverband nicht eingebunden wird und die Bundesschulen keine Berücksichtigung finden.

Daher stellt die Dornbirner SPÖ folgenden **Zusatzantrag**:

Die Dornbirner Stadtvertretung möge beschließen, dass sich die Dornbirner Bürgermeisterin bei der Bundesregierung dafür einsetzt, dass an allen Bundesschulen kostenfreie Menstruationsartikel zur Verfügung gestellt werden.



StV. Jochen WEBER berichtet, dass die Hygieneartikel in der HLW Rankweil aus dem Schülervertretungsbudget, in anderen Schulen durch Elternvereine mitfinanziert werden, sodass staatliche Finanzierung subsidiär erfolgt. Er plädiert dafür, die jeweils zuständigen Schulerhalter mit dem Beschluss und der Umsetzung zu befassen.

StR. Markus FÄSSLER unterstreicht, dass die SPÖ über den Gemeindeverband eine flächendeckende Lösung für Vorarlberg angestrebt hatte.

Die VORSITZENDE verweist auf das hohe Gut der Gemeindeautonomie und Entscheidungsfreiheit der Gemeinden im eigenen Hoheitsbereich. Sie plädiert, keine Diskussion aus dem Landtag in die Stadtvertretung zu verlagern, sondern nur zuständige Gremien mit Diskussionen und Beschlüssen zu befassen.

Abstimmung über den **Zusatzantrag** der SPÖ  
(abgelehnt mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, FPÖ und Neos)

Abstimmung über den **ursprünglichen Antrag**  
(einstimmig)

## **7 Antrag Dornbirner Grünen - Resolution Solidarität mit den Erdbebenopfern in der Türkei und Syrien**

Über Antrag der Fraktion Dornbirner Grüne – Schreiben vom 28. Februar 2023 – wird gemäß § 41 Abs. 2 GG eine Resolution mit folgendem Wortlaut in die Tagesordnung dieser Stadtvertretungssitzung aufgenommen:

StR. Dr. Juliane Alton bringt der Stadtvertretung folgenden Antrag zur Kenntnis:

„Als Stadtvertretung der Stadt Dornbirn drücken wir unser Mitgefühl aus und sind in Gedanken bei den Opfern dieser Katastrophe. Wir sehen es als unsere moralische und humanitäre Verpflichtung an, die Betroffenen zu unterstützen. Über die bereits geleistete Unterstützung hinaus wollen wir weiterhin möglichst unbürokratisch und effizient helfen, insbesondere was die aktuelle medizinische Versorgung und den langfristigen Wiederaufbau betrifft:

- Die Stadt Dornbirn erklärt sich solidarisch mit den Betroffenen und unterstützt Aktionen, die der medizinischen Versorgung vor Ort dienen.
- Die Stadt Dornbirn spricht sich dafür aus, die Behandlung von zumindest 100 Schwerverletzten, die dringende Behandlung benötigen, zu unterstützen.
- Die Stadt Dornbirn spricht sich für die Bereitstellung von Hilfsgütern aus, insbesondere Container und Hygieneartikel.
- Die Stadt Dornbirn spricht sich für vorübergehende Visaerleichterungen für Erdbebengeschädigte mit nahen Familienangehörigen in Vorarlberg aus.
- Die Stadt Dornbirn strebt eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt im Erdbebengebiet an, um deren sicheren Wiederaufbau zu unterstützen.“

Vizebgm. Julian FÄSSLER unterstützt im Namen seiner Fraktion die Intention der Resolution. Nach fachlicher Einschätzung von Caritas und Dr. Robert Spiegel ist die medizinische Versorgung durch Hilfsorganisationen vor Ort gut organisiert, wichtiger wäre finanzielle Unterstützung. Eine Städtepartnerschaft sieht er derzeit nicht als das richtige Instrument. Zudem liegt die Entscheidung über Visafragen nicht in der Kompetenz der Dornbirner Stadtvertretung. Daher schlägt er folgende Formulierung vor:

1. Die Stadt Dornbirn ermöglicht medizinischem Personal des Krankenhauses bei Bedarf einen freiwilligen Einsatz im betroffenen Erdbebengebiet in der Türkei bzw. in Syrien.
2. Zusätzlich zur bereits erfolgten Spende in der Höhe von 10.000 EUR beteiligt sich die Stadt Dornbirn an landesweit organisierten Hilfsprogrammen (zB Vorarlberg hilft) gemäß den Anforderungen der Hilfsorganisationen.

StR. Dr. Juliane Alton schlägt vor, diese beiden Punkte mit ihrem Vorschlag zu verschmelzen und die Entscheidung über eine Städtepartnerschaft zu vertagen, bis die Neuwahlen in der Türkei im Mai vorüber sind. Sie möchte den Antrag zu den Visaerleichterungen gerne zur Abstimmung bringen, und schlägt daher vor, über die Antragspunkte einzeln abzustimmen.

StR. Markus FÄSSLER lobt die Initiative von StR. Dr. Juliane Alton.

StV. Vahide AYDIN schildert das bestehende Visaprozedere, das 1-2 Monate dauert. Sie ruft die Dornbirner Stadtvertretung inständig dazu auf, sich für eine befristete Beschleunigung dieses Prozederes während der aktuellen Notsituation einzusetzen und sich mit den türkischstämmigen Dornbirnern und Dornbirnerinnen solidarisch zu zeigen.

Die VORSITZENDE unterstreicht, dass es türkischen Staatsbürgern bereits jetzt möglich ist, für drei Monate befristet nach Österreich einzureisen, wenn der Aufenthalt gesichert ist. Da Visaentscheidungen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Dornbirner Stadtvertretung fallen, kann diese aus ihrer Sicht diesbezüglich keinen Beschluss fassen.

Die Punkte der Resolution gelangen in folgendem Wortlaut einzeln zur **Abstimmung**:

- Die Stadt Dornbirn erklärt sich solidarisch mit den Betroffenen und unterstützt Aktionen, die der medizinischen Versorgung vor Ort dienen. Daher ermöglicht sie dem medizinischen Personal des Krankenhauses einen Einsatz im betroffenen Gebiet.

(einstimmig)

- Zusätzlich zu der bereits erfolgten Spende in Höhe von 10.000 EUR beteiligt sich die Stadt Dornbirn an landesweit organisierten Hilfsprogrammen (Vorarlberg hilft) gemäß den Anforderungen der Hilfsorganisationen.

(einstimmig)

- Die Stadt Dornbirn spricht sich für vorübergehende Visaerleichterungen für Erdbebengeschädigte mit nahen Familienangehörigen in Vorarlberg aus.

(12 Stimmen der Grünen und der SPÖ)

- Die Stadt Dornbirn strebt eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt im Erdbebengebiet an, um deren sicheren Wiederaufbau zu unterstützen.  
(wird zurückgestellt)

## **8 Beratung über Berichte des Prüfungsausschusses**

### **8.1 ASPrüfung - Auszug aus dem Protokoll der 19. Sitzung vom 22.09.2022**

Über Mitteilung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, Mag. Dr. Manfred Hämmerle, wird ein Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Prüfungsausschusses vom 22. September 2022 mit der Aktenzahl d014.1-1/2020-19 zur Kenntnis genommen.

### **8.2 ASPrüfung - Auszug aus dem Protokoll der 20. Sitzung vom 19.10.2022**

Über Mitteilung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, Mag. Dr. Manfred Hämmerle, wird ein Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Prüfungsausschusses vom 19. Oktober 2022 mit der Aktenzahl d014.1-1/2020-20 zur Kenntnis genommen.

StV. Mag. Wolfgang JUEN erkundigt sich, ob ein konkretes Projekt, zB Schulgasse, von Vergabe bis Abrechnung eingesehen werden konnte.

StV. Mag. Dr. Manfred HÄMMERLE berichtet, alle Mitarbeitenden des Amtes haben bei allen Prüfungen bereitwillig und umfassend Auskunft erteilt. Er appelliert an alle Mitglieder des Prüfungsausschusses anstehende Prüfungen mit konkreten Fragen im Vorfeld vorzubereiten. Der Ablauf in der Schulgasse war nicht Gegenstand einer Prüfung.

StR. Christoph WAIBEL hält fest, dass Fehlentwicklungen vom Prüfungsausschuss festgestellt und dann berichtigt werden können. Er hält fest, dass je nach Betragshöhe mit Nebenkosten zB die Anschaffung der Sitzsteine eventuell eines Beschlusses des Stadtrates bedurft hätten; daher ersucht er umgehend darum, die ausstehenden Zahlen zur Gebarung der Stadt dem Prüfungsausschuss vorzulegen.

Die VORSITZENDE hält mit Vehemenz fest, dass sie mit Sicherheit noch nie einen Auftrag abgezeichnet hat, der über ihrer Kompetenz lag.

DI Martin ASSMANN hält zum zeitlichen Ablauf fest, dass Mag. Dr. Manfred Hämmerle am 5. Februar 2023 in der Gruppe 5 per E-Mail um ergänzende Daten ersuchte. Diese E-Mail wurde am 13. Februar beantwortet wurde; die nächste Anfrage kam letzte Woche, worauf die Gruppe 5 einen Auszug der Rechnungslegung übermittelte. Direkter Zugang auf die Buchhaltung wird erfolgen, um Klarheit zu schaffen.

Die VORSITZENDE sichert volle Transparenz und Klärung aller offenen Fragen zu.

StR. Dr. Juliane Alton erkundigt sich, ob auch vergaberechtliche Aspekte bei der Anschaffung von Fahrradständern, Fahrradüberdachungen und Stadtmöblierung geprüft wurden, da hier kein Splitting erlaubt ist. Sie korrigiert auch zwei Fehlauskünfte in den Berichten:

1. Das Bundesdenkmalamt hat sich nur gegen eine Verankerung der Fahrradüberdachung an der Kirchenmauer ausgesprochen, nicht gegen eine generelle Überdachung
2. Falsch sei auch, dass es kein Urheberrecht auf Bauwerke gebe. Relevant sind Nutzungsrechte, Rechte an Plänen und Bearbeitungs- und Umbaurechte. Sie ersucht, diese vertraglich klar festzuhalten.

StV. Dr. Gottfried WAIBEL hält noch fest, dass ein zentraler Mitarbeiter während der Fragestellungen längerfristig krankheitsbedingt ausgefallen ist.

## **9 Genehmigung des Protokolls der 17. Sitzung der Stadtvertretung vom 15. Dezember 2022**

Das Protokoll über die 17. Sitzung der Stadtvertretung vom 15. Dezember 2022 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

## **10 Allfälliges**

### **10.1 Anmerkungen zur Wahl des Vizebürgermeisters**

StV. Dr. Gottfried WAIBEL stellt fest, dass die ÖVP kein Vertragspartner der Vereinbarung zur Vizebürgermeisterwahl war und er erwartet sich von StR Dr. Juliane Alton eine Entschuldigung für ihre Aussage, die ÖVP habe eine Stimme gekauft.

Mitglieder aller Fraktionen lassen daraufhin die Wahl des Vizebürgermeisters vom 15. Dezember 2022 Revue passieren. Einzelne Wortmeldungen zu den Wahlempfehlungen sowie diverse Wahrnehmungen während der Wahlvorgänge werden kontroversiell diskutiert. Aus der Diskussion wird Folgendes festgehalten:

StV. Mag. Wolfgang JUEN hält fest, dass nach seinem Demokratieverständnis die Mehrheit der Mitglieder der Stadtvertretung eine gemeinsame Vereinbarung geschlossen hat und daher dieser Wechsel ohne Wahl hätte stattfinden sollen. Er hätte erwartet, dass die ÖVP aufgrund der Mehrheitsverhältnisse auf den Vizebürgermeister verzichtet. Politisch wurde im Rahmen einer Wahl gewählt, er akzeptiert das Ergebnis, allerdings hält er es für moralisch verwerflich, sich nicht an eine Abmachung zu halten. Des Weiteren räumt er ein, dass er der Verfasser des irrtümlich an Julian Fässler adressierten E-Mails war. Seiner Meinung nach hätte der irrtümliche Empfänger den Absender informieren und dieses E-Mail löschen müssen.

Die VORSITZENDE betont, dass der bzw. die Vizebürgermeister:in nach Maßgabe des Gemeindegesetzes von der Stadtvertretung zu wählen ist und nicht vertraglich festgelegt werden kann. Das Ergebnis der demokratischen Wahl ist zu respektieren.

StR. Christoph WAIBEL kritisiert, dass ein Mitglied der ÖVP vor der Wahlkabine versucht hat, die Wahlberechtigten zu beeinflussen. Er betont, seine Fraktion hat sich an die Vereinbarung gehalten. Er plädiert dafür, diese Debatte zu beenden und sich gemeinsam und in gegenseitigem Respekt wieder mit aller Kraft für die anstehenden Aufgaben in Dornbirn einzusetzen.

StV. Mag. Dr. Manfred HÄMMERLE bedauert das schlechte Verhältnis zwischen ÖVP und Grünen in Dornbirn. Er zeigt sich verwundert, dass bei der Wahl eine Wahlurne verwendet wurde und äußert sich kritisch über das Vorlesen eines falsch adressierten E-Mails. Ungeachtet dessen streicht er die gute Zusammenarbeit, insbesondere im Prüfungsausschuss mit allen Fraktionen hervor.

StR. Markus FÄSSLER betont, dass die Wahl des Vizebürgermeisters nach Maßgabe des novellierten Gemeindegesetzes geheim – also mit Wahlurne – zu erfolgen habe. Diese Reform wurde 2019 auch mit den Stimmen der GRÜNEN im Landtag beschlossen. Seine Fraktion hat sich an die Vereinbarung gehalten. Er schließt sich StR. Christoph WAIBEL an, dass jetzt gemeinsam für Dornbirn gearbeitet werden soll und hebt hervor, dass auch in dieser Sitzung viele gemeinsame Entscheidungen aller Fraktionen getroffen wurden.

StR. Dr. Juliane ALTON verwehrt sich gegen den Vorwurf eine strafbare Handlung begangen zu haben. Sollten die Grünen erneut ohne Belege mit anonymen Anzeigen in Verbindung gebracht werden, erwägt sie rechtliche Schritte. Auch sie ruft dazu auf, zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zurückzukehren.

StV. Dr. Martina HLADIK findet es befremdlich, dass StV. Dr. Gottfried Waibel während des Wahlvorganges auch sie persönlich vor der Wahlurne angesprochen habe, die Kandidatin StR Dr. Juliane Alton nicht zu wählen.

Die VORSITZENDE betont, dass in weiten Teilen eine große politische Übereinstimmung besteht. Weit über 90 Prozent aller Beschlüsse wurden einstimmig oder mit großer Mehrheit gefasst. Die Diskussion über den Wahlvorgang ist daher entbehrlich.

## **10.2 Einladung in die Inatura**

StV. Dr. Martina HLADIK lädt die Mitglieder der Stadtvertretung ein, anlässlich des Welt-Lärm-Tages am 26. April 2023 eine Veranstaltung der Initiative „Stadt Leben Dornbirn“ in der inatura zu besuchen. Dr. Fuchsig, ein Umweltmediziner, referiert auf Einladung der Initiative zum Thema „Wie wirkt sich Lärm auf unsere Gesundheit aus?“.

## **10.3 Primärversorgungszentrum Dornbirn**

StV. Dr. Martina HLADIK ersucht um Auskunft, wie weit die Umsetzungspläne zum Primärversorgungszentrum Dornbirn fortgeschritten sind.

## **10.4 Stadtteile ohne Partnergewalt StOP**

StV. Susanne FRITZ-BALINT erinnert an ihren Aufruf, sich dem Projekt StOP anzuschließen.

StR. Marie Louise HINTERAUER kündigt an, dass das Thema im nächsten Sozialausschuss diskutiert wird. Trotz der Anschubförderung des Bundes spricht sie sich dafür aus, das Thema in den bestehenden Organisationen zu vertiefen und stärker verankern anstatt Parallelstrukturen aufzubauen.

#### **10.5 Stadtteilbibliothek Haselstauden**

StR. Dr. Juliane Alton ersucht um Auskunft, wie die Stadtteilbibliothek Haselstauden wiederbelebt werden soll.

StR. Dr. Alexander JUEN antwortet, dass seit 1,5 Jahren intensiv nach einer Nachfolge gesucht wird. Derzeit zeichnet sich eine Lösung ab, in dem die Verantwortung auf mehrere Nachfolger:innen verteilt wird und die Stadtbibliothek unterstützend beisteht. Er dankt allen ehrenamtlichen Mitarbeitenden der Bibliotheken.

#### **Ende der Sitzung**

22:13 Uhr

Die Schriftführerin  
Mag. Kathrin Wiederin

Die Vorsitzende  
Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann

